

Drucksache Abteilung I**Nr. 21****Anfrage**

der Fraktion der KPD an den Herrn Ministerpräsidenten.

Schon vor Monaten sollten alle Haushalte einen kleinen Teil Nähmittel zugeteilt bekommen. Der Herr Wirtschaftsminister versprach auf Anfrage im Landesausschuß, die Verteilung so zu regeln, daß auch alle Haushalte restlos beliefert werden könnten. Die Anlieferung in die einzelnen Geschäfte erfolgt so zögernd, daß nach langem Schlangenstehen die Hausfrauen oft wieder wegen Ausverkauf nach Hause gehen mußten. Beschwerdezuschriften in der Presse befaßten sich schon öfter mit diesen Zuständen. Offizielle Darstellungen der Wirtschaftsämter wiesen in der Presse darauf hin, daß weitere Anlieferungen erfolgen würden. Die Sperrung aller Textilien vor kurzem beunruhigt aber erneut alle noch nicht mit Nähmitteln belieferten Hausfrauen, so daß Befürchtungen allseits laut werden, ob überhaupt noch die Versprechen des Ministers und der Wirtschaftsämter wahr gemacht würden.

Was gedenkt der Herr Minister zu tun, um endlich den notwendigen Bedarf an Nähmitteln zu decken?

Drucksache Abteilung I**Nr. 22****Anfrage**

der Fraktion der KPD an den Herrn Ministerpräsidenten.

Schon vor Monaten hat die Fraktion der Kommunistischen Partei Groß-Hessen im Beratenden Landesausschuß auf die Notlage derer hingewiesen, die aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft kommen und ihr Guthaben nicht ausbezahlt erhalten.

Es wurden seinerzeit feste Versprechungen vom Herrn Ministerpräsidenten gemacht. Trotzdem haben die entlassenen Kriegsgefangenen nichts erhalten.

Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu bereiten?

Drucksache Abteilung I**Nr. 23****Anfrage**

der Fraktion der KPD an den Herrn Minister der Finanzen.

Der Herr Minister der Finanzen hat heute morgen im Rundfunk Frankfurt a. M. erklären lassen, daß Reichsschatzanweisungen wenigstens für die Steuerzahlungen aus dem Jahre 1944 in Zahlung genommen würden. Es wurde hinzugefügt, daß die Regierung Groß-Hessens damit dokumentieren wolle, daß auch Reichsschatzanweisungen noch etwas wert seien. Bis jetzt seien sie für vollkommen wertlos gehalten worden.

Der Herr Minister wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Können Steuerpflichtige Reichsschatzanweisungen in Zahlung geben, ohne vorher einen Besitznachweis geführt zu haben, d. h., können sie Reichsschatzanweisungen kaufen, um damit Steuern abzuführen?
2. Wenn dies der Fall ist, hat der Herr Minister die Absicht, den Handel mit Reichsschatzanweisungen an der Börse zuzulassen, will er den Banken gestatten, ihre Bestände auf diese Weise abzustößen?
3. Werden die Reichsschatzanweisungen nur in Groß-Hessen in Zahlung genommen?
4. Wenn dies der Fall ist, ist sich der Herr Minister über die Folgen im klaren, die daraus entstehen können? Will der Herr Minister auch die Bestände aus anderen Ländern, aus anderen Zonen der Großhessischen Staatshauptkasse zuführen?
5. Wenn das Land Groß-Hessen Schuldtitel des Reichs, die vorläufig nicht verwertbar sind, in Zahlung nehmen kann, dann muß man annehmen, daß die Staatshauptkasse genügend liquide Mittel besitzt. Ist der Minister bereit, den Finanzbedarf der zerbombten Städte im Finanzausgleich ausreichend zu berücksichtigen?
6. Die Maßnahme des Herrn Ministers bringt denjenigen Steuerpflichtigen Vorteile, die Reichsschatzanweisungen im Besitz haben. Sie stellt eine Bevorzugung gegenüber denjenigen Steuerpflichtigen dar, die in Kriegssachschäden Forderungen gegen das Reich haben. Ist der Herr Minister bereit, auch solche Forderungen in Zahlung zu nehmen?
7. Auch Lohnsteuerpflichtige haben in Kriegssachschäden Forderungen gegen das Reich oder könnten im Besitz von Reichsschatzwechseln sein. Sie sind jetzt dadurch im Nachteil, daß ihre Steuern sofort abgezogen werden. Ist der Herr Minister bereit, für diese ungleichartige Behandlung der Steuerpflichtigen ein Äquivalent zu schaffen?

Drucksache Abteilung I

Nr. 24

Antrag der LDP.

Betr.: Politische und soziale Maßnahmen für Flüchtlinge

Die Verfassungsberatende Landesversammlung wolle beschließen:

Die Lage der in Groß-Hessen untergebrachten Ausgewiesenen und Flüchtlinge erfordert, wenn erhebliche soziale Spannungen vermieden werden sollen, die alsbaldige Einleitung und Durchführung von Maßnahmen, die weit über das bisherige Maß hinausgehen. Es muß alles getan werden, um den Ausgewiesenen und Flüchtlingen, die zum allergrößten Teil noch in völliger Ungewißheit über ihre künftige Existenzmöglichkeit leben, baldigst die gleichberechtigte Eingliederung in ihrer neuen Heimat zu ermöglichen. Bei all diesen Maßnahmen ist weiter zu berücksichtigen, daß die Ausgewiesenen und Flüchtlinge fast ohne jedes Hab und Gut bei uns angekommen sind und daß deshalb die erste Aufgabe sein muß, ihnen die notwendigen Gegenstände des täglichen Bedarfs baldmöglichst wieder zur Verfügung zu stellen.